

NACHRICHTENINFO



Geleitwort	02 . 03
BK Merkel besucht die Gedenkstätte	04 . 07
Stasi-Offizier muss Ex-Häftling Schadensersatz zahlen	08 . 09
Neuaufgabe: Jürgen Fuchs' „Vernehmungsprotokolle“	10
Spendenwerbung für die Gedenkstätte	11
60 Jahre Bundesrepublik: Gedenkstätte zeigte rollendes Stasi-Gefängnis	12 . 13
Unrechtsstaat DDR – Hubertus Knabe zu Gast bei „Anne Will“	14 . 15
Schüler-Wanderausstellung „Ganz normale Helden“ in Berlin eröffnet	16 . 17
Ausstellung „Inhaftiert“ in Rostock eröffnet	18
Ausstellung-Eröffnung „Gewendet – vor und nach dem Mauerfall“ in Gedenkstätte	19
Kurznachrichten	20 . 21
Besuchertipp: „Museum des Kommunismus“ in Prag	22
Vorgestellt: Öffentliche Datenbank zum Widerstand in Kopenhagen	23
Buchtipp: „Heimatsehnen“ – Zwangsaussiedlungen in der DDR	24



Geleitwort

Liebe Mitglieder und Freunde des Fördervereins,

in der Mitte des Jubiläumsjahrs 2009 können Gedenkstätte und Förderverein eine erfreuliche Zwischenbilanz ihrer Arbeit ziehen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit ihrem viel beachteten Besuch des früheren Stasigefängnisses den Widerstand gegen die DDR-Diktatur gewürdigt. Das ist eine wichtige politische Geste, da die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, kontrovers diskutiert wird. Und der nächste prominente Besucher hat sich bereits angemeldet. Im Herbst wird Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck begrüßen. Zugleich steigt die Besucherzahl weiter an. Im vergangenen Jahr haben knapp 250.000 Menschen die ehemalige Haftanstalt besichtigt.

Dem Förderverein sind seit Jahresbeginn 17 Menschen beigetreten, weitere Aufnahmeanträge liegen vor. Herzlich willkommen! Der Vorstand setzt auf ihre Mitarbeit und Anregungen. Gelegenheit zur Diskussion bietet sich bereits am 1. Juli. Wie in den vergangenen Jahren treffen wir uns ab 18 Uhr in dem Restaurant „Der Thüringer“, Mohrenstraße 64, 10117 Berlin.

Einladungen sind per ePost verschickt worden.

Dem Vorstand liegt ein weiteres Thema am Herzen. In dieser Ausgabe des Nachrichteninfos gibt unser Mitglied, Frau Hardburg Stolle, Hinweise, wie Sie ganz persönlich den Förderverein und damit die Gedenkstätte durch Spenden unterstützen können. Ich möchte Sie herzlich bitten zu prüfen, ob Sie Möglichkeiten sehen, zusätzliche finanzielle Mittel zu erschließen. In der Vergangenheit haben zum Beispiel einige Mitglieder ihren „runden“ Geburtstag für einen Spendenaufruf genutzt. An dieser Stelle sei Frau Adelheid Buscher, Frau Christine Sauerbaum-Thieme, Herrn Matthias Bath und Herrn Ernst Hubert von Michaelis nochmals herzlich gedankt. Dieser Ausgabe liegt das neu gestaltete Faltblatt des Fördervereins bei. Vielleicht gefällt es Ihnen und Sie machen dem Schatzmeister eine Freude.

Im Namen von Holger Krestel darf ich auch höflich an die Zahlung des Mitgliedsbeitrages erinnern, soweit diese noch nicht geschehen sein sollte. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich und bemüht sich um größte Wirtschaftlichkeit. Diese ist uns soeben vom Finanzamt bestätigt worden. So können Sie sicher sein, dass ihre Mitgliedsbeiträge auch in der Gedenkstätte „ankommen“.

Zwei Irrtümer, die sich in die vergangene Ausgabe eingeschlichen haben, gilt es zu korrigieren. Der Hohenschönhausen-Preis zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur ging natürlich an

den Schriftsteller und Autor Joachim Walther. Fälschlicherweise war der nahezu gleichlautende Name eines Bundestagsabgeordneten genannt worden. Und der Bericht über das frühere Büro des Stasi-Gefängnischefs gewinnt wesentlich an Eindringlichkeit durch ein Foto Siegfried Rataizicks. Diesen bemerkenswerten Schnapsschuss hat der Förderverein Matthias Melster zu verdanken, dessen Fotoausstellung „Bilder einer Seele“ 2008 in den Räumen des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg zu sehen war. Der ehemalige Hohenschönhausenhäftling gehört zu den langjährigen Besucherreferenten der Gedenkstätte.

Der Vorstand dankt der Grafikerin, Frau Anne Dück, die für die gelungene optische Darstellung des Hefts verantwortlich zeichnet. Und ebenso herzlich sei Andreas Borsch gedankt, Ansprechpartner in der Gedenkstätte für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, dessen gute

Ideen und Tipps stets in die Gestaltung des Nachrichteninfos einfließen.

Ich wünsche Ihnen im Namen des Vorstands eine anregende Lektüre und bin mit herzlichen Grüßen

Ihr Jörg Kürschner

Spendenkonto des Fördervereins

Commerzbank Berlin . Kontonummer 622 622 900 . Bankleitzahl 120 400 00

Impressum

Herausgeber	Förderverein Gedenkstätte Hohenschönhausen Nibelungenstraße 36 A . 13465 Berlin Telefon/Fax + 49 . 30 . 22 48 99 20 www.foerdereverein-hsh.de . info@foerdereverein-hsh.de
Text/Redaktion	Dr. Jörg Kürschner, Andreas Borsch
Layout	Anne Dück
Auflage	500 Druck-Exemplare

Kanzlerin Merkel besucht die Gedenkstätte

von Jörg Kürschner



Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe begrüßt Kanzlerin Merkel und den Stiftungsratsvorsitzenden André Schmitz

Mit Angela Merkel hat erstmals seit Bestehen der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ein deutscher Regierungschef das frühere Zentrale Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) besucht. Dabei hat die Bundeskanzlerin zu einer stärkeren Würdigung des Widerstands gegen die DDR-Diktatur aufgerufen. „Wir sollten in diesem Jahr 2009 ganz besonders an die denken, die Mut bewiesen haben“, sagte die CDU-Vorsitzende während ihrer Visite am 5. Mai, bei der sie von Gedenkstättenchef Hubertus Knabe und dem Stiftungsratsvorsitzenden, Staatssekretär André Schmitz, begleitet wurde. Knapp zwei Stunden nahm sich Merkel



Kanzlerin Merkel während des Rundgangs



Ex-Häftling Furian erklärt den „Tigerkäfig“

Zeit für ihren Rundgang sowie für Gespräche mit ehemaligen Häftlingen und einer Schulklasse. Knabe bezeichnete den Besuch der Kanzlerin als wichtige politische Geste. Jeder, der sich davon überzeugen wolle, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, sollte das einstige Stasigefängnis aufsuchen.

Geführt wurde Merkel von dem Besucherreferenten Gilbert Furian, der in den 1980er Jahren sieben Monate als politischer Häftling in Hohenschönhausen einsitzen musste. Der damals 40jährige Hobbyjournalist hatte seinerzeit Ostberliner Punks über ihre Haltung zur DDR befragt. Zuvor war der Philosophiestudent „wegen negativen politi-



Kanzlerin Merkel im Vernehmerzimmer, links Ex-Häftling Gilbert Furian, Regierungssprecher Ulrich Wilhelm, rechts Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe

schen Verhaltens“ von der Universität geflogen. Heute hat er seine schlimme Vergangenheit verarbeitet und führt Besucher durch die Gedenkstätte. Die Kanzlerin sei insbesondere vom so



Kanzlerin Merkel im „U-Boot“. Links Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe, Stiftungsratsvorsitzender André Schmitz, FV-Vorsitzender Jörg Kürschner



Kanzlerin Merkel vor dem Gefangenentransporter, angekauft vom Förderverein



Kanzlerin Merkel im „U-Boot“

genannten U-Boot mit seinen fensterlosen Kellerzellen schockiert gewesen, berichtete Furian anschließend. Anschließend besichtigten sie den Neubau des Gefängnisses mit den Zellen und Verhörräumen. Dort wurden die Häftlinge meist monatelang verhört, psychologisch bearbeitet und zermürbt. Furian: „Ich habe gemerkt, wie betroffen die Kanzlerin war“. Am Gedenkstein für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft legt sie einen Kranz mit weißer Gerbera und Lilien nieder. Mit gesenktem Kopf verharrte sie in schweigendem Gedenken.

Der Eindruck der Betroffenheit vermittelt sich auch während des Gesprächs der Kanzlerin mit ehemaligen Häftlingen,



Kanzlerin Merkel mit der Schulklasse



Blitzlichtgewitter: Merkel stellt sich den Medien

darunter FV-Mitglied Uwe Haedrich, und einer Schulkasse aus Rheinland-Pfalz. Den Schülern stockte der Atem als die in der DDR aufgewachsene Kanzlerin berichtete, wie die Stasi sie als junge Physikerin an der TU Ilmenau anwerben wollte. „Meine Eltern hatten mir aber eingeschärft, ich sollte in einem solchen Fall sagen, ich könnte einfach nicht den Mund halten und würde sofort alles weiterplappern“. Merkel sichtlich zufrieden: „Damit war das Thema Stasi beendet“. Es schien als hätten die Schüler von diesem Teil der DDR-Geschichte zuvor nur wenig erfahren. ■



Kanzlerin Merkel gedenkt der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Rechts im Bild Ex-Häftling, FV-Mitglied Uwe Hädrich

Stasi-Offizier muss Ex-Häftling Schadensersatz zahlen

von FV-Mitglied Mario Röllig



Mario Röllig in der Bibliothek der Gedenkstätte

„Ich war noch niemals in New York!“

Diesen Hit von Udo Jürgens habe ich damals oft während der U-Haft in meiner Zelle in Hohenschönhausen leise gesungen. Ich sang die Angst weg. Die Angst um meine Eltern, meine Freunde, vor dem, was sie mit mir tun. Ich war 19 Jahre alt, als mein Fluchtversuch im Juni 1987 aus der DDR scheiterte. Nach drei Monaten wurde ich ohne Prozess, aufgrund einer Amnestie in die DDR entlassen, mit der Auflage von drei Jahren Bewährung. Endlich ließen Sie mich im März 1988 ausreisen. In meinem neuen selbst bestimmten Leben im Westen verschwand der Hass, die Rache, die im Gefängnis

wuchs. Nur als die Mauer fiel, konnte ich mich nicht so recht freuen. Mein erster Gedanke: Nun kommt der ganze dunkelrote Dreck in mein heiles West-Berlin. Die Freude über die Einheit Deutschlands aber war stärker. Kein Gedanke mehr an Stasi-Knast und Verhöre. Das Leben in den nächsten Jahren war wie ein buntes Fest. Bis zu dem Tag, als mein ehemaliger Vernehmer aus Hohenschönhausen vor mir stand. Auf einer Entschuldigung bestehend, wurde ich von ihm beschimpft, ob ich es immer noch nicht begriffen hätte, dass ich zu recht damals im Gefängnis war. Wofür sollte er sich bei mir entschuldigen. Das Trauma als Opfer überfiel mich und mein schönes Leben fiel wie ein Kartenhaus zusammen. Ich gab mich nicht auf, denn dann hätten Sie ja erreicht, was sie damals wollten. Mit viel Kraft richtete ich mich wieder auf, aber es wurde nie wieder so wie vorher.

Das war vor zehn Jahren.

Seitdem bin ich u.a. als Zeitzeuge in der heutigen Gedenkstätte aktiv gegen das Vergessen. Besonders Schüler sind mir wichtig. Einige haben ihren Besuch, der sie sehr bewegt hat, ins Internet gestellt. Ungenauigkeiten solcher Exkursionsberichte waren für den ehemaligen Stasi-Oberstleutnant Wolfgang Schmidt, heute Rentner und Betreiber der berühmten MfS-Insider-Homepage, eine Steilvorlage, mich dort als Lügner hinzustellen und bewusst falsch zu zitieren. Nach einer Unterlassungs-



Gefragte Auskunftsperson: Mario Röllig mit einer Besuchergruppe

verpflichtung verschwand der Text zunächst. Zwei Monate später tauchte er jedoch wieder im Internet auf. Der Aussage Schmidt's nach, versehentlich...!? Nun reichte es mir. Ich hatte schlichtweg die Nase voll von dieser verkehrten Welt, in der die Täter noch immer ihre Opfer verhöhnen. Nach meiner Klage beim Berliner Landgericht wurde Schmidt am 26. März 2009 zu einer Geldstrafe an mich von 2.500 Euro zzgl. Zinsen verurteilt. In der Urteilsbegründung stellte das Gericht fest: „Gerade die Auseinandersetzung einer ehemals für die Stasi tätigen Person mit den Opfern des DDR-Regimes ist von besonderer rechtlicher und auch tatsächlicher Brisanz, und es

ist nicht zu verkennen, dass die erneute Veröffentlichung für den Kläger als Opfer der Stasi eine besondere Demütigung bedeutete.“ Das Urteil ist rechtskräftig.

Nein, ich bin kein Opfer mehr. Demokratie/Rechtsstaat und Gerechtigkeit können manchmal auch das gleiche sein. Dies werde ich auf der Überfahrt mit der QM II nach New York besonders genießen. Und Herr Schmidt? Dem schreibe ich 'ne Urlaubskarte. Meine subtile Form der Rache. ■

Neuaufgabe: Jürgen Fuchs' „Vernehmungsprotokolle“

von Jörg Kürschner

Ende April ist in der Landesvertretung Thüringen ein einzigartiges Dokument vorgestellt worden, das fast 20 Jahre nicht mehr erhältlich war. Es ist das erstmals 1978 erschienene Buch „Vernehmungsprotokolle“ des DDR-Schriftstellers Jürgen Fuchs, das die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen aus Anlass seines zehnten Todestages neu



„Volles Haus“ in der LV Thüringen, deren Gastfreundschaft die Gedenkstätte zu schätzen weiß



Lilo Fuchs im Gespräch mit Hubertus Knabe

herausgegeben hat. Darin beschreibt der studierte Psychologe die subtile Gewalt des DDR-Staatssicherheitsdienstes, der er während seiner neunmonatigen Haft im zentralen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen ausgesetzt war. Nach seiner Freilassung schrieb er den beklemmenden Text, der jetzt ergänzt wurde durch ein Nachwort von Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe und Fotografien von Tim Deussen. In seiner Begrüßungsrede kritisierte Staatssekretär Hermann Binkert die zu beobachtende Verharmlosung der SED-Diktatur, wesentlich gefördert durch die SED-Nachfolgepartei „Die Linke“. Die Vorstellung des Buches in den Räumen der Landesver-

tretung sei als Beitrag zu verstehen, diesem Trend entgegenzuwirken, sagte er unter dem Beifall der rund 180 Gäste. Das Mitglied des Fördervereins erinnerte daran, dass sich die Linksfraktion im Thüringer Landtag weiterhin weigert, die korrekte Anschrift des Parlaments in ihrem offiziellen Briefkopf zu verwenden: Jürgen-Fuchs-Straße 1.

Die anschließende Lesung aus der Neuaufgabe des Buches, die mit Geldern des Fördervereins unterstützt worden ist, machte beklommen. In Anwesenheit von Lilo Fuchs, der Witwe des Dissidenten, trug der Schauspieler Udo Schenk, Autor der lesenswerten Fuchs-Biografie „Ein literarischer Weg in die Opposition“, Passagen aus den „Vernehmungsprotokollen“ vor. Der spätere Andrang vor dem Büchertisch der „Buchhandlung 89“ sprach Bände.

Spendenwerbung für die Gedenkstätte

von FV-Mitglied Hardburg Stolle

Das Mobilisieren finanzieller Mittel für die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist eine der Kernaufgaben des Fördervereins. Wir alle unterstützen bereits mit unseren Mitgliedsbeiträgen und Spenden den Förderverein. Mit diesen Geldern werden Projekte der Gedenkstätte unterstützt und u.a. der Hohenschönhausen-Preis finanziert. Was hat der Verein im letzten Jahr unternommen, um zusätzliche Geldquellen zu erschließen? Wie können wir die finanziellen Möglichkeiten unseres Vereins verbessern und den Verein in der Spendenwerbung unterstützen?

Wenn Sie die Internetseite des Fördervereins regelmäßig besuchen, werden Sie feststellen, dass eine neue Rubrik "Helfen + Spenden" eingerichtet wurde. Hier sind konkrete Projekte und Themen aufgeführt, für die die Vereinsmittel benötigt und eingesetzt werden. Potentielle Spenderinnen und Spender bekommen Hinweise, wie sie dem Förderverein Geldmittel zukommen lassen können, z.B. als einmalige Spende, als Dauerauftrag oder als Testaments- oder Vermögensspende. Gerichte verhängen jährlich Millionenbeträge an Bußgeldern. Viele gemeinnützige Einrichtungen konkurrieren um die Zuweisung dieser Gelder. Auch der Förderverein hat sich beworben, um von den Gerichten entsprechend berücksichtigt zu werden. Wenn Sie in Ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis Richterinnen und Richter kennen, die über die Verhängung von Bußgeldern entscheiden,

sprechen Sie sie daraufhin an und bringen Sie den Förderverein als möglichen Empfänger ins Spiel. Motivieren Sie andere, ebenfalls Mitglied in unserem Verein zu werden, oder den Verein mit einer (einmaligen oder dauerhaften) Spende zu unterstützen – oder natürlich, eine Führung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu besuchen – das wohl überzeugendste Argument für eine Mitgliedschaft im Förderverein. Sie feiern einen (runden) Geburtstag, ein Jubiläum? Sie haben Hochzeitstag? Bitten Sie Ihre Angehörigen und Ihren Freundeskreis statt Geschenke doch um eine Spende für den Förderverein.

Eine besondere Herausforderung ist die Beschaffung von Mitteln zur dauerhaften Sicherung des mit 5.000 EUR dotierten Hohenschönhausen-Preises. Für diesen Zweck suchen wir eine Großspenderin oder einen Großspender.

Wenn Sie den Förderverein aktiv unterstützen möchten bei der Einwerbung von weiteren finanziellen Mitteln, wenden Sie sich bitte an Hardburg Stolle, Tel.: 030 - 21 46 17 03 oder per E-Mail an: info@foerderverein-hsh.de

60 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Gedenkstätte zeigte rollendes Stasi-Gefängnis

von André Kockisch

Von außen ein unscheinbarer Lieferwagen – Typ Barkas B 1000 – mit Blümchengardinen und der Aufschrift „Frisches Obst“, im Inneren fünf ein Quadratmeter große Zellen ohne Licht und Luftzufuhr. Der Gefangenentransporter der DDR-Staatssicherheit war das High-

light am Gedenkstättenstand auf der Straße des 17. Juni.

Regierung, Ministerien und Bundesländer präsentierten sich auf einem großen Bürgerfest am 23. Mai ebenso wie Stiftungen und Verbände. Alle feierten

sie 60 Jahre Grundgesetz. Doch anders als in Westdeutschland begannen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ostdeutschland erst 1989. Zusammen mit der Stasiunterlagen-Behörde und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erinnerte die Gedenkstät-

te Berlin-Hohenschönhausen in einem Infozelt an 40 Jahre politische Verfolgung in der DDR. 40 Jahre, die eng mit der Geschichte Westdeutschlands verwoben sind.

Der Andrang am Stand der Gedenkstätte – insgesamt besuchten 750.000 Menschen das Bürgerfest im Berliner Tiergarten – war überwältigend. Die Besucher informierten sich über die Arbeit und Angebote der Gedenkstätte, schauten sich Filmdokumentationen zur Geschichte der Stasi an oder blätterten in den Publikationen. Vor dem originalen Gefangenentransporter erklärten ehemalige Inhaftierte des Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen, mit welchen physischen und psychischen Methoden sie drangsaliert worden waren. Stundenlang wurden die Häftlinge bis 1989 in den winzigen Zellen des B 1000 nach Hohenschönhausen oder in andere Haftanstalten der DDR transportiert.

Die Berichte über Willkürjustiz und politische Haft hinterließen bei vielen Besuchern einen deutlich bleibenden Eindruck. 20 Jahre nach der friedlichen Revolution von 1989 ist das Thema Stasi und Aufarbeitung so aktuell wie nie.



Berlin, Straße des 17. Juni: Die Gedenkstätte präsentiert sich am Verfassungstag

Unrechtsstaat DDR – Hubertus Knabe zu Gast bei „Anne Will“

von Elisabeth Martin

Er sei historisch sehr interessiert, gab der aus Stuttgart stammende Parlamentarische Geschäftsführer der Linkspartei Ulrich Maurer stolz in der Talkshow „Anne Will“ zu bekennen; in der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit und der heutigen Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist er jedoch noch nicht gewesen. Statt die Folterzellen des Kellergefängnis zu besichtigen und so einen Einblick in die diktatorische Realität der DDR zu erhalten, lassen sich Informationen über die Verhältnisse in der SED-Diktatur (Maurer: „Ich bin da ziemlich gut informiert“) auch auf viel angenehmere Art und Weise gewinnen: Man schlendert einfach im idyllischen Ost-Berliner Bezirk Grünau – Maurers Wahlheimat – durch die „Einkaufszentren“ und führt dort „viele Gespräche mit den Leuten“.

In den letzten Wochen ist aus aktuellem Anlass vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob die vor fast 20 Jahren untergegangene DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei – so auch am 26. April bei „Anne Will“. Leider wurde die wichtige Thematik nicht nur durch die zu erwartenden geschichtsverfälschenden Behauptungen des Vertreters der rechtlichen Nachfolgepartei der SED unterminiert. Vor allem die klamaukhafte Einspieler im Stil des Films „Good bye Lenin“ und der überflüssige Gast auf dem Sofa – ein DDR-nachtrauernder Hotelbetreiber – hinterließen beim Zuschauer einen unangenehmen, „ostalgie-schen“ Beigeschmack. Auch die relati-

vierenden Aussagen von Wolfgang Thierse, der ebenso wie Wolfgang Schäuble durch stereotype Talkshow-Phrasen glänzte, sind typisch und gefährlich für die derzeitige Diskussion.

Der Tenor lautet stets: „Die DDR war zwar kein Rechtsstaat, trotz aller Ungerechtigkeiten war jedoch nicht alles schlecht“. Wer so argumentiert, kommt schnell zu dem Fazit, dass in der DDR sogar vieles besser war, als es heute sei. Diese Debatte erinnert – wie der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, bemerkte – an jene in den sechziger Jahren, da der Autobahnbau oder die Arbeitsbeschaffung als vermeintlich gute Seiten der Nazis zur Verklärung der NS-Diktatur benutzt wurden.

So war es auch einzig Hubertus Knabe, der mit seinen instruktiven und eindeutig positionierten Redebeiträgen die streckenweise ermüdende Diskussion forsch vorantrieb und der Verklärung der zweiten Diktatur Einhalt bot. Er wies etwa zu Recht darauf hin, dass der Bewertungsmaßstab für eine Diktatur nicht sozialpolitische Maßnahmen, positive Erinnerung an die eigene Eheschließung oder die DDR-Nachbarschaftshilfe sein können. Viele Bürger aus den neuen Bundesländern haben Schwierigkeiten damit, zwischen einem politischen Urteil und der Bewertung des eigenen Lebens in diesem System zu trennen. Gar 41 Prozent der Ostdeutschen betrachtet die DDR nicht als Unrechtsstaat. Für diese erschrecken-



Kritische Zuhörer: Anne Will und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Dialog mit Gedenkstattendirektor Hubertus Knabe

den Umfragewerte ist nicht zuletzt die Linkspartei verantwortlich, die jegliche Kritik am SED-Staat mit der Herabsetzung ostdeutscher Biografien gleichzusetzen versucht.

Die Aufgabe der Demokraten in Deutschland muss es daher sein, eindeutig und klar den Unrechtscharakter der DDR zu benennen: Ein Staat, in dem keine unabhängige Justiz, Gewaltenteilung und freie Wahlen existierten, in dem Menschen bei Fluchtversuchen erschossen und in 40 Jahren DDR 200.000 Unschuldige politisch verfolgt und zu Haftstrafen verurteilt wurden, kann kein Rechtsstaat sein.

Ein einziger Besuch in der Gedenkstätte lässt anhand der unmenschlichen Haftbedingungen sowie der physisch und psychisch ausgeübten Foltermethoden erkennen, wie massiv Unrecht in der SED-Diktatur praktiziert wurde. ■

Schüler-Wanderausstellung „Ganz normale Helden“ in Berlin eröffnet

von FV-Mitglied Hubertus Fedke

Nach der Präsentation der Ausstellung „Ganz normale Helden, Einzelschicksale inhaftierter Oppositioneller in der DDR und der Volksrepublik Polen zu Zeiten des Kalten Krieges“ am 13. Dezember 2007 in Warschau folgte nunmehr am 15. April 2009 die Eröffnung der Ausstellung im Berliner Rathaus in Anwesenheit deutscher und polnischer Zeitzeugen. Diese Wanderausstellung, die gemeinsam von polnischen und deutschen Schülern erarbeitet wurde, hatte ursprünglich am 30. November 2007 in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ihre Premiere. Sie kann übrigens noch bis zum Sommer in Berlin angesehen und soll anschließend

an verschiedenen Orten in Deutschland gezeigt werden.

Bemerkenswert bei der Veranstaltung im Roten Rathaus war eine angesichts eines rot-roten Senats erstaunlich klare Rede der Berliner Staatssekretärin Monika Helbig (SPD) aus der Senatskanzlei über die SED-Diktatur und deutlich formulierte Forderungen an die Politik durch den „mitwirkenden Zeitzeugen“ Mario Röllig.



Ein Blick in die Ausstellung „Ganz normale Helden“

Es folgen einige Passagen aus der Rede unseres Vereinsmitglieds:

„Ich wäre einer der ersten, der die Stasi-Akten schließen würde, ja der am liebsten alles Schreckliche von damals vergessen würde, wenn ich nicht bis heute miterleben müsste, dass von Seiten der Politik immer noch kein Einsatz festzustellen ist, die immer frecher werdenden ehemaligen SED-Kader zurückzudrängen. Dass sie es 1990 versäumt hat, die SED und ihr nahe stehende Organisationen zu verbieten, ebenso das Zeigen ihrer Symbole und Embleme hat schwerwiegende Folgen bei der Bewertung von 45 Jahren kommunistischer Diktatur in Ostdeutschland in unserer heutigen bundesdeutschen Erinnerungskultur, wie die Verharmlosung und Leugnung von kommunistischen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen...“

Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall gibt es nicht wenige Intellektuelle, darunter namhafte Schriftsteller, Journalisten und Historiker, die ihre Kritik auf die untergegangene DDR auf die Formel reduzieren: „Die Idee des Sozialismus war gut, nur die Durchführung war schlecht.“ Das Fatale an dieser Position ist das Ergebnis, dass aus der nachträglichen Relativierung der SED-Diktatur hervorgegangen ist. In aktuellen Umfragen wünschen sich 50% der Ostdeutschen die „Errungenschaften“ der DDR zurück.

Hier sei nur daran erinnert, dass nach

1945 eine ganze Zeit lang eine Mehrheit die These bejaht hat: „Die Idee des Nationalsozialismus war gut, nur ihre Durchführung schlecht“, wie für die alte Bundesrepublik durch damalige Umfragen belegt ist. Wie wir heute diese Umfrageergebnisse peinlich finden, wird die nächste Generation die aktuellen auch peinlich finden. Die Begeisterung für die „Errungenschaften der DDR“ beruht teils auf Verdrängung, teils auf Unkenntnis...

Seit 1995 besteht die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Immer mehr Schüler und Jugendliche beginnen sich für die jüngere deutsche Geschichte zu interessieren. Was ihre Eltern ihnen nicht erzählen können, oder wollen, erfahren sie von uns, von denen, die sich der Diktatur verweigerten, die Widerstand und Opposition geleistet haben...“

Ausstellungseröffnung „Inhaftiert“ in Rostock

von Jörg Kürschner

Am 17. Mai 2009 wurde in der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt Rostock die Fotoausstellung "Inhaftiert" der Berliner Fotokünstlerin Franziska Vu eröffnet. Frau Vu hat 2006 mit Unterstützung des Fördervereins acht ehemalige Häftlinge des Gefängnisses Hohenschönhausen porträtiert und diesen Porträts Bilder von Objekten, Einrichtungen und technischen Installationen

als Vertreter des Fördervereins wie auch als Betroffener ein Grußwort. Bath wies insbesondere auf die künstlerische Bedeutung der Ausstellung hin, die äußerst gekonnt die Genauigkeit einer Fotodokumentation mit künstlerischen Aussagen verbindet. Die Bilder der Ausstellung, die in ehemaligen Haftzellen des Rostocker Gefängnisses gezeigt werden, passen ideal in dieses zur



Matthias Bath während seiner Ansprache, links Franziska Vu und Volker Höffer, Leiter der BStU-Außenstelle

der Haftanstalt Hohenschönhausen gegenübergestellt. Dabei wurden die Objektfotos durch eine graublau eingefärbte künstlerisch verfremdet, um so den Eindruck von Einsamkeit, Kälte und Hoffnungslosigkeit zu verstärken und die Unmenschlichkeit des hinter der Haftanstalt stehenden Systems zu verdeutlichen. Der stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins Matthias Bath hielt auf der Eröffnungsveranstal-

gleichen Zeit wie der Zellenbau in Hohenschönhausen entstandene Gefängnisgebäude. Es wäre ideal, ein Doppel der Ausstellung hier als Dauerausstellung zu präsentieren.

Vorerst sind die Bilder in Rostock noch bis zum 11. Juli 2009 zu sehen. ■

Ausstellung-Eröffnung „Gewendet – vor und nach dem Mauerfall“ in Gedenkstätte

von Andreas Borsch

Mitte März wurde in der Gedenkstätte die Ausstellung „Gewendet – vor und nach dem Mauerfall“ mit Fotografien von Harald Hauswald eröffnet. Hauswald fotografierte über Jahrzehnte die DDR so wie er sie sah. Seine Bilder aus den 80er Jahren zeigen eine DDR jenseits von Propaganda und offiziellen Losungen: Der Mitbegründer der Berliner Fotoagentur Ostkreuz fotografierte DDR-Bürger vor auffälligen Fassaden (in Missachtung des „sozialistischen Wohnungsbauprogramms“), er zeigte sie einsam in der Kneipe, leeren Blicks bei einer Kampfdemonstration und graugesichtig nach der Arbeit in der U-Bahn. Der Fotograf dokumentierte zugleich einen Zorn, eine vitale Gewalt, die es eigentlich nicht geben durfte: in Porträts von Punks, Skinheads, Fußballfans. Dass der 1954 in Radebeul geborene Künstler schwarz-weiß fotografierte, galt als zusätzliche Provokation – schließlich war die Welt des Sozialismus doch hell, froh und bunt!

Nach dem Mauerfall hat der Künstler diese Orte wieder aufgesucht und fotografiert. Mit Anteilnahme und Distanz nähert er sich der neuen bunten Warenwelt und zeigt was sich in zwei Jahrzehnten verändert hat. Zugleich hat er zusammen mit dem Schriftsteller und FV-Gründungsmitglied Lutz Rathenow das vielbeachtete Buch „Berlin-Ost. Die andere Seite einer Stadt“ herausgegeben.

Gedenkstätdendirektor Hubertus Knabe lobte die von den Fotos ausgehende



FV-Gründungsmitglied Michael Glos, rechts Harald Hauswald im Gespräch

Aussagekraft und freute sich über die Anwesenheit bundespolitischer Prominenz. Zu den rund 80 Gästen gehörten auch Bundesminister a. D. Michael Glos, MdB, und der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wieland. Die beiden Gründungsmitglieder des Fördervereins hatten ihren Parlamentskollegen Ernst-Reinhard Beck mit nach Hohenschönhausen gebracht.

„Wie viel Ostberlin steckt noch in Berlin, wie viel DDR noch im Osten Deutschlands“, diese von Hauswald kraft seiner beeindruckenden Bilder aufgeworfene Frage wurde im Laufe des Abends intensiv diskutiert; musikalisch begleitet vom Liedermacher Stephan Krawczyk.

Die Ausstellung ist noch bis zum 14. August 2009 in der Gedenkstätte zu sehen.

Der Eintritt ist frei. ■

Kurznachrichten

■ Zwei Gründungsmitglieder des Fördervereins kandidieren am 27. September für den 17. Deutschen Bundestag, dem sie in der zu Ende gehenden Wahlperiode nicht angehört haben. Die CDU-Politikerin Vera Lengsfeld steht im Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg zur Wahl. Auf der Landesliste ihrer Partei ist sie auf Platz sechs gewählt worden. Bei der Bundestagswahl 2005 zog die Landesliste bis Platz 4.

Die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin gehörte dem Bundestag bereits von 1990 bis 2005 an, zunächst für Bündnis 90/Die Grünen, ab 1996 für die CDU. Lengsfelds Wahlkreis umfasst mit Kreuzberg sowohl Teile des früheren Berlin (West) als auch mit Friedrichshain das ehemalige Ostberlin. Der Wahlkreis wird seit 2002 im Bundestag direkt von dem Grünen-Abgeordneten Hans-Christian Ströbele vertreten, der sich erneut zur Wahl stellt.

Lengsfeld gehört dem Vorstand seit der Vereinsgründung 2003 ebenso an wie Schatzmeister Holger Krestel, FDP-Kandidat für den Berliner Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg. Krestel wurde zugleich für Platz vier der Landesliste nominiert. Diese zog 2005 bis Platz zwei. Krestel war bereits von 2001 bis 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Mit Bundestagsvizepräsident Dr. Hermann Otto Solms (FDP), Bundesminister a. D. Michael Glos (CSU) und Wolfgang Wieland (Bündnis 90/die

Grünen) stellen sich drei weitere Gründungsmitglieder des Vereins erneut und mit guten Chancen Ende September zur Wahl. jök

■ Ostdeutsche sind unter den Besuchern der Gedenkstätte nur eine kleine Minderheit. „Unsere Besucherstatistik belegt eindeutig, dass Ostdeutsche die Konfrontation mit den Schattenseiten ihrer eigenen Geschichte nach wie vor meiden“, erklärte Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe. 80 Prozent der rund 250.000 Besucher des vergangenen Jahres stammten aus den alten Bundesländern, nur neun Prozent aus den neuen Ländern. Berliner Besucher machten einen Anteil von 11 Prozent aus. In der Länderrangliste der Besucher steht Bayern an der Spitze, Schlusslicht ist Sachsen-Anhalt. Rang 2 und 3 nehmen Niedersachsen und Baden-Württemberg mit jeweils 2,4 Besuchern pro 1.000 Einwohner ein. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen liegen abgeschlagen auf den hinteren Plätzen vor Sachsen-Anhalt. jök

■ Die Rekonstruktion zerrissener Stasiakten dauert länger als erwartet. Nach einer Mitteilung der Stasi-Unterlagenbehörde wird das im Mai 2007 begonnene Pilotprojekt beim Fraunhofer Institut voraussichtlich erst im zweiten Halbjahr 2011 oder im ersten Halbjahr 2012 beendet sein. Ursprünglich war das Projekt auf zwei Jahre angelegt. Als Gründe für die Verzögerung gab das Institut technische Anpassungen bei der Scannertechnik

sowie das Fehlen von Experten an. Mit Hilfe des Pilotprojekts sollen 400 Säcke voller Papierschnipsel rekonstruiert werden. Insgesamt hat die Stasi-Unterlagenbehörde rund 16.000 Säcke mit teils maschinell geschredderten, teils von Hand zerrissenen Akten. jök

■ Anlässlich des 20. Jahrestags der manipulierten DDR-Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 hat Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe das fehlende Unrechtsbewusstsein bei ehemaligen SED-Spitzenfunktionären beklagt. Er kritisierte in der Oldenburger „Nordwest-Zeitung“ auch die Nachsicht von Justizbehörden. Die Justiz sei nach dem Ende des SED-Regimes mit den Verantwortlichen „insgesamt sehr milde“ umgegangen, bedauerte der Historiker. „Die meisten Verantwortlichen haben deshalb bis heute kein Unrechtsbewusstsein. Ex-SED-Chef Egon Krenz, damals Leiter der Zentralen Wahlkommission der DDR, präsentiert sich sogar als Opfer einer angeblichen Siegerjustiz“, sagte Knabe. jök

■ Gedenkstättendirektor Hubertus Knabe hat kritisiert, dass es in Deutschland keine einzige „Straße der friedlichen Revolution“ gebe, während in Ostdeutschland nach wie vor zahlreiche Straßen nach kommunistischen Politikern wie Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Ernst Thälmann benannt seien. Man müsse klarmachen, dass die DDR eine menschenverachtende Diktatur gewesen sei, betonte er. „Im Unterschied zum Nationalsozialismus

sind wir bei der SED-Diktatur dem Hang zur Verklärung nicht genügend entgegengetreten. jök

■ Ehemalige Stasispitzel mit Spezialaufträgen haben kein Recht auf Geheimhaltung ihrer Identität. Das Landgericht München I hat die Klage des langjährigen Stasispitzels Herbert Gräser aus Erfurt abgelehnt, der die Veröffentlichung seines Fotos und Namens auf einer Webseite unterbinden wollte. Gräser sei für die „Zersetzung, Zerschlagung und Zurückdrängung“ von Gegnern des SED-Regimes zuständig gewesen, heißt es in der Gerichtsmitteilung. Vor diesem Hintergrund trete das Interesse des Klägers an der Anonymität hinter die allgemeine Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit zurück, urteilten die Richter. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. jök

■ „Eine ungewöhnliche Spende hat der Förderverein kürzlich vom Hölty-Gymnasium Wunstorf in Niedersachsen erhalten. Der Grund: die 10. Klassen waren im Oktober im Rahmen einer Berlin-Fahrt auch in der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Die von den Eltern vor der Fahrt eingezahlten Reisekosten wurden am Ende nicht verbraucht. Statt die übriggebliebenen 471 Euro wieder an rund 160 Schüler zu verteilen, beschlossen die Schüler, die Summe an den Förderverein zu spenden – vorbildlich! Der Förderverein sagt danke!“

mh

Besuchertipp: „Museum des Kommunismus“ in Prag

von Jörg Kürschner



Museums-Website

Unmittelbar im Zentrum Prags ganz in der Nähe des Wenzelsplatz befindet sich das „Museum des Kommunismus“, das das Leben in der Tschechoslowakei während der kommunistischen Diktatur nachzeichnet. Zu sehen sind gut erhaltene Erinnerungsstücke



Ausstellungsraum im „Museum des Kommunismus“

aus der Zeit zwischen dem Staatsstreich 1948 und dem Sturz des Regimes 1989 wie Statuen von Lenin und Marx, die früher das Stadtbild Prags verhandelt haben. Propagandaschriften und Bücher sowie Fotografien aus der

Zeit der sowjetischen Besatzung wirken 20 Jahre nach dem Ende der Diktatur wie Relikte aus einer anderen Welt.

Ein Klassenzimmer und ein Lebensmittelgesellschaft mit leeren Ladenregalen werden ebenso gezeigt wie ein Vernehmerzimmer, das an jene in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen erinnert. Die Ausstellung lebt von den Exponaten sowie von Video- und Tonaufnahmen, die den Einmarsch des Warschauer Pakts im August 1968 und die Zerschlagung des „Prager Frühlings“ zeigen.

Das Museum erhebt nicht den Anspruch vertiefter Wissenschaftlichkeit. So fallen erläuternde Texte manchmal etwas zu knapp aus. Andererseits muss man sich nicht über Belehrungen von Zeitgeist-Historikern ärgern, die die Schrecken der kommunistischen Diktatur weich zeichnen und relativieren. Ein Besuch lohnt sich in jedem Fall. ■

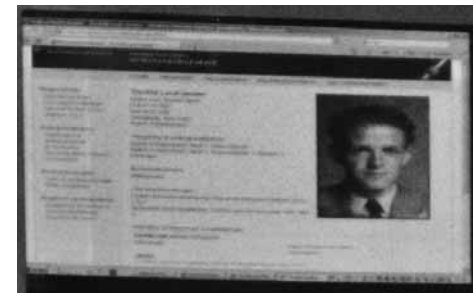
Adresse: Na příkopě 10, 110 00 Prag 1,
Öffnungszeiten Mo-So. 9 - 21 Uhr.
www.museumofcommunism.com

Vorgestellt: Öffentliche Datenbank zum Widerstand in Kopenhagen

von FV-Mitglied Matthias Bath

Am 4. Mai 2009 wurde im Kopenhagener Freiheitsmuseum eine öffentlich zugängliche Datenbank zu den Personalien der früheren Angehörigen der dänischen Widerstandsbewegung während des Zweiten Weltkrieges eingeweiht. Die Datenbank umfaßt derzeit 21.000 Namen und ist nicht nur für die Besucher des Freiheitsmuseums, sondern auch über das Internet allgemein

Die allgemeine Datenbank enthält nur Hinweise auf Namen, Widerstandsgruppe und Funktion des Betroffenen. Soweit vorhanden können aber auch Fotos, Erinnerungsberichte des Betroffenen und Literaturhinweise eingefügt werden. Die Abbildung stellt einen derartigen ausführlichen Eintrag zu einem 1945 gefallenen Widerstandskämpfer dar. Man schätzt, dass die Datenbank bei ihrer Vollendung im Jahr 2020 bis zu 70.000 Namen umfassen könnte.



Muster einer Auskunft aus der Datenbank

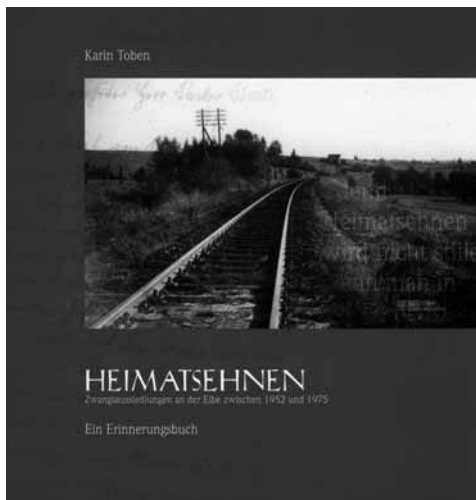
zugänglich. Es handelt sich damit also um ein spezielles öffentliches Personenregister, auf das jederman zugreifen kann.

Die dänische Datenschutzbehörde hat der Einrichtung dieser Datenbank unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Betroffenen ihrer Erfassung zugestimmt haben oder aber nachweislich bereits seit mindestens zehn Jahren verstorben sind. Personen, die nicht mit Sicherheit bereits vor mehr als zehn Jahren verstorben sind, werden aus der Datenbank erst ab dem Jahr 2020 ersichtlich sein.

Vielleicht wäre die Einrichtung einer solchen Datenbank auch für die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen überlegenswert, um so den hier Inhaftierten ein dauerhaftes Denkmal zu setzen. ■

„Heimatsehnen“ – Zwangsaussiedlungen in der DDR

von Jörg Kürschner



Die Gedenkstätte hatte bereits Anfang 2005 in einer vielbesuchten Ausstellung auf das in der Öffentlichkeit wenig bekannte Thema Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der DDR aufmerksam gemacht. Von 1952 bis Mitte der achtziger Jahre mussten insgesamt 12.000 angeblich politisch unzuverlässige Bewohner der Sperrzone ihre Heimat innerhalb weniger Stunden verlassen. In dem Befehl 38/52 des DDR-Innenministers hieß es, auszuweisen seien „Personen, die wegen ihrer Stellung in und zu der Gesellschaft eine Gefährdung der antifaschistisch demokratischen Ordnung darstellen“. Die Journalistin Karin Toben beschreibt in ihrem anrührenden Buch „Heimatsehnen –

Zwangsaussiedlungen an der Elbe zwischen 1952 und 1975“ die Schicksale von 20 Familien, die in entfernt liegende Regionen der DDR deportiert wurden. Anhand von zufällig entdeckten Briefen der Vertriebenen an ihren Heimatpastor rekonstruiert die Autorin einfühlsam den Lebensweg der Grenzbewohner, die unter dem staatlichen Codewort „Aktion Ungeziefer“ ausgesiedelt wurden. So hat die kommunistische Diktatur Familien auseinander gerissen, Menschen in den Selbstmord getrieben und auch noch im DDR-Hinterland bespitzelt und verfolgt. „Mein Vater ist dort in sich versunken, er ist nie mehr aus der Lethargie herausgekommen“, erzählt eine heute 77jährige. Meist werden die zurückgelassenen Höfe der Landwirte abgerissen, mussten Stacheldraht und Todesstreifen weichen. „Diese Menschen sind Opfer ohne Schuld. Sie verloren ihre Lebensgrundlage. Das ist ein Verbrechen der DDR“, resümiert Toben ihre gründliche Recherche im Amt Neuhaus am Ostufer der Elbe.

Das Buch kann beim Stasiunterlagen-Bbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern (Tel. 0385/734006, ePost. post@lstu.mv-regierung.de) bestellt werden. Es kostet 12,50 Euro. ■

Buchhandlung '89 . Genslerstraße 66 13055 Berlin
 Tel. 030 . 98 60 82 507
 Fax 030 . 49 78 54 80
 E-Mail: buchhandlung89@stiftung-hsh.de